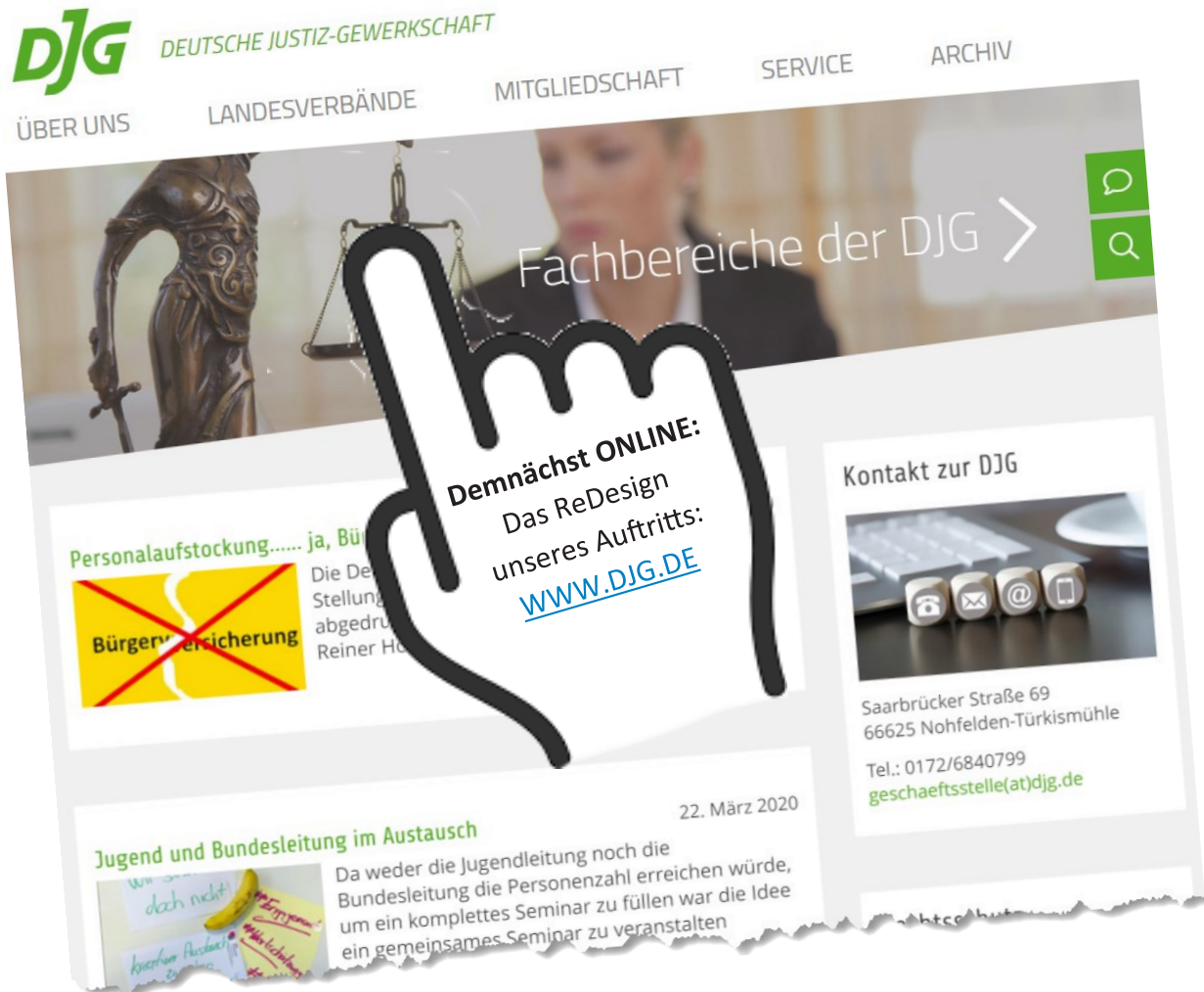


DJG-Notizen!

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.



WEITER SO?

Bund der Steuerzahler spricht von „unausgelasteten Beamten“ ...

BÜRGERVERSICHERUNG

Stellungnahme zur Forderung des DGB-Chefs: Sozialversicherungsbeiträge auch für Beamte

PANDEMIE: MASSNAHMEN IN DER JUSTIZ

Situation der Justiz in den Ländern

Weiter so?

Bund der Steuerzahler regt Wiederbesetzungssperren an und spricht von „unausgelasteten Beamten“

Rettungsaktionen für Unternehmen, die zweifellos angebracht sind, um Arbeitsplätze zu sichern, kosten den Staat in in Krisenzeiten sehr viel (Steuer-)Geld. Schaut man sich die politische Vorgehensweise der Vergangenheit einmal näher an, wird man früher oder später diese Ausgaben auch durch Einsparungen beim Personal im öffentlichen Dienst kompensieren, sollte nicht ein komplettes Umdenken auf der politischen Ebene stattfinden.

Daher stimmt es schon bedenklich, wenn der Bund der Steuerzahler (BdSt) als auch der DGB-Chef das Augenmerk der Politik genau in diese Richtung lenken.

An Personalkosten zu sparen, in Gestalt einer temporären Wiederbesetzungssperre, wie der [Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Baden Württemberg, Zenon Bilaniuk](#) kürzlich angeregt hat, würde bedeuten: Der öffentliche Dienst, der gerade klitzekleine Verbesserungen erfahren hat, fällt wieder zurück und wird in die nächste Runde des "kaputt Sparens" geschickt.

In einigen Bundesländern werden zur Unterstützung in den Gesundheitsämtern für die "Kontakt-Nachverfolgung", aufgrund des vorherrschenden Personalmangels, Mitarbeiter aus fremden Ressorts gebeten, sich freiwillig zum Dienst in den Gesundheitsämtern zu melden. Hier wird einmal mehr offenkundig, dass es im öffentlichen Dienst an allen Ecken an ausgebildeten Personal fehlt und verdeutlicht, dass solche Ideen kaum zu einem langfristigen Erfolg führen.

Wenn dann noch [der Vorsitzende des niedersächsischen BdSt, Bernhard Zentgraf](#), fordert, dass der „...**nicht ausgelastete Beamte** während der Corona-Pandemie ...“ im Gesundheitswesen eingesetzt werden soll, ist dies an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Damit wird den Kollegen schlicht Faulheit unterstellt. Wir würden behaupten, dass die „nicht ausgelasteten Beamten“ die Zeit garantiert dazu genutzt haben, die quadratmeterweisen Rückstände, die gerade durch verordnete Wiederbesetzungssperren und Personaleinsparungen in den letzten Jahren entstanden sind, aufzuarbeiten. Ach ja und sollte es dem BdSt nicht bekannt sein: Auch Beamte zahlen Steuern!

Offenbar ist in manchen Köpfen immer noch nicht angekommen, dass der öffentliche Dienst nicht wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt werden kann, weil er nun mal keines ist und dies auch niemals sein sollte, sofern man in einem demokratischen Staat leben möchte.

Einen krisenfesten und stabil funktionierenden öffentlichen Dienst werden wir weder durch die vorgeschlagene temporäre Wiederbesetzungssperre noch durch Personaleinsparungen erreichen.

Solche Aussagen klingen nach dem Üblichen: "das haben wir schon immer so gemacht". Aber ist es deshalb richtig, nur weil es immer so gehandhabt wurde?

Spinnt man solche Ideen weiter, muss man keine hellseherischen Fähigkeiten haben, um das bevorstehende Szenario nach Überwindung der Krise abzusehen. Während sich die

Wirtschaft erholt hat und dort normale bis höhere Abschlüsse bei Tarifverhandlungen erzielt werden, wird der öffentliche Dienst argumentativ unter Hinweis auf "leere Kassen", bestenfalls geringfügige Verbesserungen erzielen oder eher wahrscheinlich "Nullrunden" drehen. Das wurde bisher auch "immer so gemacht". Geiz ist nicht immer geil oder für den öffentlichen Dienst ausgedrückt: effizient. Passend dazu sieht der Hamburger Senat in seinem neuen Koalitionsvertrag die Übernahme zukünftiger Tarifergebnisse auf die verbeamtete Kollegenschaft angesichts der finanziellen Corona-Folgen als besondere Herausforderung an und stellt sie damit indirekt in Frage.

Leider bleibt dem gemeinen Bürger in der täglichen Berichterstattung verborgen, dass viele von uns in der Krisenzeit, wie andere auch, die Pflege ihrer Eltern oder die Betreuung ihrer Kinder mit der Arbeit unter einen Hut bringen mussten und teils noch müssen.

Unsere Justiz-Berufe sind nicht als "systemrelevant" eingestuft und wir sind auch keine „Gewinner der Pandemie“, wie in diesen Tagen oftmals in sozialen Medien zu lesen ist.

Wir, die im Folgedienst arbeitenden Justizbediensteten, haben während der Krise unseren Job nicht nur mit dem gewohnten Einsatz, sondern auch weit darüber hinaus getan und mitgeholfen die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land auch in der Krise aufrecht zu erhalten.

Wir wollen keine Neiddebatten führen (müssen), sondern unseren Dienst an der Allgemeinheit gegen eine gerechte Bezahlung und guten Bedingungen verrichten.

Abbau von Bürokratie und die optimale Ausnutzung der EDV dürften volkswirtschaftlich betrachtet, am Ende mehr Einsparungen bringen, als die genannten Vorschläge. So haben wir in der Justiz mit Einführung der eAkte derzeit die beste Chance, den Abbau der Bürokratie voranzutreiben und damit auch mal "alte Zöpfe" abzuschneiden.

Wenn wir mit Mitarbeitern der Justiz über die voranschreitende Modernisierung der Justiz diskutieren, hören wir ganz oft, dass " ... wir mit der Justizdigitalisierung nativ genau das abbilden, was es in Papier schon gibt. Da muss man sich fragen, wo bleibt denn da die Innovation, wenn wir dieselben Dinge genauso umständlich oder gar noch umständlicher als vorher, aber dafür in elektronischer Form tun?". Eine berechtigte Frage, wie wir finden.

Mehr Transparenz sowie Praxis- und Gremienbeteiligung schon im Vorfeld geplanter Maßnahmen tragen dazu bei, das abzubilden, was man wirklich braucht und steigern die spätere Akzeptanz.

Wir richten daher den Appell an die politischen Verantwortlichen, den Mut zu haben, den öffentlichen Dienst weiter zu stärken und voranzubringen. Das übliche "Weiter so" mit schielendem Blick auf die nächste Wahl bringt niemanden weiter.

Eure Bundesleitung

BuLei-Sitzungen während der Pandemie

Auch wenn wir einen Lockdown und alle damit verbundenen Einschränkungen erleben mussten, so musste das (gewerkschaftliche) Leben ja dennoch weiter gehen. So hielten wir während den Einschränkungen stets den Kontakt zueinander, in dem wir auf andere Möglichkeiten wie z.B. Video- oder Telefonkonferenzen zurückgriffen.

Wir machten dabei die Erfahrung, dass Video- oder Telefonkonferenzen nicht minder anstrengend sind, als solche mit persönlicher Anwesenheit. Nach dem wir 2-3 solcher Sitzungen durchgeführt hatten, kam natürlich der Wunsch auf, so bald als möglich wieder eine „richtige“ Sitzung, selbstverständlich unter Einhaltung der Verordnungen und Hygienekonzepte, durchzuführen.

Nachdem die ersten Lockerungen bekanntgegeben wurden, haben wir bei der dbb Akademie in Königswinter nachgefragt, wann und unter welchen Voraussetzungen eine Sitzung stattfinden könnte.

Am 13. bis 14.06.2020 konnte so eine Präsenzsitzung für die Mitglieder der Bundesleitung stattfinden. Für die Sitzung erhielten wir einen großen Sitzungssaal, die Tische waren unter Berücksichtigung der Abstände so aufgestellt, dass auf das Tragen der Mundnasenschutzmaske verzichtet werden konnte. Bei schönem und warmen Wetter, konnten auch die Fenster stets geöffnet bleiben.

Für das Restaurant wurden wir unter Einhaltung des Abstandgebotes an einer Tischgruppe platziert. Die Maske wurde in den sonstigen öffentlichen Bereichen getragen. Das dbb-forum hatte auch eine Überraschung für uns parat: So durften wir die komplett neu renovierten Zimmer, als erste Gäste beziehen. Sie sind wirklich sehr schön geworden! Es ist noch anzumerken, dass wir während unseres Aufenthaltes in der dbb Akademie, die einzigen Gäste waren.

Aufgrund des von uns empfundenen besseren Austauschs haben wir unsere Sitzung - wie immer - mit sehr guten Ergebnissen abgeschlossen. (MB)



Situation der Justiz in den Ländern durch die Corona-Pandemie – ein Zwischenstand?!

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch nicht abschließend einzuschätzen, dennoch gibt es bereits wichtige Erfahrungen zum Umgang mit der Krise. Die DJG-Bundesleitung hat in den vergangenen Krisenwochen mehrere Abfragen in allen Landesverbänden zum Umgang mit den verordneten Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie angestoßen.

Viele Landesverbände waren sich in ihren Antworten auf unsere Abfragen einig, dass vor Ort, in den jeweiligen Gerichten, Staatsanwaltschaften und ambulanten Sozialen Diensten der Justiz, die Dienstfähigkeit zwar stark eingeschränkt war, jedoch stets zuverlässig für alle Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten werden konnte.

Diese Bewährungsprobe für die Justiz und unseren Rechtsstaat konnte nur gelingen, weil Beschäftigte und Beamte in der Justiz ihre Leistungsfähigkeit im Umgang mit den Herausforderungen der Krise unter Beweis gestellt haben.

Dafür allen Kolleginnen und Kollegen zurecht großer Respekt und Dank!

Nichtsdestotrotz mussten viele Kolleginnen und Kollegen in unseren Landesverbänden erfahren, welche Schwachstellen in der Organisation und im Umgang mit den weitreichenden Verfügungen zur Eindämmung der Infektionsgefahren existierten.

Auch hierzu haben uns viele Landesverbände und auch unsere jeweiligen Fachbereiche berichtet. Hierbei traten insbesondere die folgenden Problemfelder zutage: Die *Führung und Leitung* sowie die *Ausstattung der Behörden*.

Führung und Leitung – kein Selbstzweck!

Nach anfänglichen ungeordneten, in denselben Gerichtsbezirken sogar teils flickenhaften Anordnungen in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und den ambulanten Sozialen Diensten, sowohl in Hinblick auf den Schutz der eigenen Beschäftigten als auch auf die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, zeigte sich wieder einmal der Nutzen und die Selbstwirksamkeit der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Personalräten und den Geschäftsleitungen in Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Eine bessere Vorbereitung der Leitungen und Behördenspitzen hätte häufig dennoch, gerade in der Anfangsphase der Pandemie-Einschränkungen, viele Kolleginnen und Kollegen vor manchem Frust in den Dienststellen bewahrt. Intensive Fortbildungen und Seminare zum Umgang mit (unerwarteten) Krisensituationen im Interesse eines konfliktfreien Dienstablaufs sind für Leitungskräfte und Behördenspitzen aus unserer Sicht künftig unabdingbar.

Führung und Leitung darf nicht dem Selbstzweck, sondern muss – gerade in der Krise – der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern dienen!

Fürsorgepflicht? - Ausstattung ist alle(s)!

Als weiteres Manko im Umgang mit den Einschränkungen in der Justiz durch die Corona-Pandemie zeigte sich nahezu bundesweit, die mangelhafte Bevorratung der Justiz mit persönlicher Schutzausrüstung (PSA) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Dienstzweigen. Gerade aber die Kolleginnen und Kollegen mit intensivem Publikumsverkehr, wie der Justizwachtmeisterdienst oder die Bewährungshilfen waren bis noch vor wenigen Wochen nahezu schutzlos möglichen Infektionsgefahren in ihren Dienststellen ausgesetzt. Es fehlte an Schutzmasken, Desinfektionsmitteln und ausreichender Ausstattung mit Handwaschmitteln, sofern nicht individuell und auf eigene Kosten durch die Kollegen selbst vorgesorgt wurde. Ein mangelhafteres Bild über die Nachlässigkeit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn hätte hierdurch nicht gezeichnet werden können. Erst durch den Druck der Personalräte und vieler engagierter Kolleginnen und Kollegen vor Ort, konnten hier Beschaffungswege für die notwendigen Schutzausstattungen eröffnet werden.

Wohin geht's?

Wenn nun, wie in vielen Gerichten bereits seit Anfang Mai praktiziert, der Dienstbetrieb nach und nach wieder an den „Vor-Corona-Stand“ herangeführt wird, bleibt trotz aller Lockerungen in den Bundesländern die Ungewissheit, wie die Justiz im Falle einer zweiten Pandemiewelle gewappnet ist. Viele Diskussionen auf Fachebenen und in den Hauptpersonalräten beschäftigen sich jetzt damit, ob ein weiterer Ausbau der Digitalisierung die Notwendigkeit persönlicher Kontakte in Gerichtsverhandlungen, z. B. in der Zivil- aber auch in der Strafgerichtsbarkeit minimieren kann. Darüber hinaus erfahren Themen wie Vertrauensarbeitszeiten bei bestimmten Dienstgruppen oder Telearbeit und Home-Office neuen „coronabedingten“ Aufwind.

Wünschenswert bleibt aus unserer Sicht, dass im Umgang mit der noch anhaltenden Pandemie, alle Verantwortungsträger in Justiz und Politik in allen Handlungsfeldern eine gemeinsame Strategie im Sinne der Kolleginnen und Kollegen anstreben und umsetzen. Die ersten Anzeichen einer gemeinsamen und dahingehend abgestimmten Vorgehensweise konnten als Signal aus der (Video-) Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder (JuMiKo) im Mai vernommen werden. Die nächste geplante JuMiKo-Herbst-Konferenz wird im November in Bremen weitere Erkenntnisse für uns alle bereit halten.

Wir bleiben solange alle hoffentlich gesund! (ES)

Weitere Informationen zur JuMiKo und den dortigen Themen unter: www.justiz.de
(Justizportal des Bundes und der Länder)

Personalaufstockung..... ja, Bürgerversicherung.....nein!

Zur DGB-Forderung Sozialversicherungsbeiträge auch für Beamte (Bürgerversicherung)

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund bezieht Stellung zur in der Zeitung „Welt“ vom 10.05.2020 abgedruckten Forderung des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann: Die DJG spricht sich entschieden dagegen aus, die Corona-Pandemie zu nutzen, um das alte Neidthema, das auch die Beamten in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung einzahlen sollen, wieder zu befeuern.

Der DGB-Chef sollte eigentlich wissen, dass zwischen Arbeitnehmerschaft und Beamten zwei grundverschiedene Systeme vorliegen, die sich ganz und gar nicht miteinander vergleichen und schon gar nicht in einer „Bürgerversicherung“ vereinen lassen, sei das „Fingerspitzengefühl“ auch noch so sensibel.

Zur Erinnerung: Der Beamte hat eine besondere Treuepflicht gegenüber seinem Dienstherrn. Im Gegenzug hat dieser im Rahmen der Fürsorgepflicht während des aktiven Dienstes, bei Krankheit und Invalidität und im Ruhestand für einen angemessenen Lebensunterhalt des Beamten zu sorgen.

Die andauernde Corona-Krise zeigt, wie wichtig ein in personeller und technischer Hinsicht gut ausgestatteter öffentliche Dienst ist.

Gerade die systemrelevanten Berufsfelder (mit Ausnahme des medizinischen Personals) wie Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug

und der von uns zu vertretenden Justizbediensteten wie Wachtmeister, Urkundsbeamte der Geschäftsstelle, Gerichtsvollzieher, Amtsanwalt, Rechtspfleger, Staatsanwalt, Richter und Bewährungshelfer, sind überwiegend mit Beamtinnen und Beamten besetzt und halten in diesen Zeiten „den Laden“ – neben den Tarifbeschäftigten – aufrecht!

So hat schon der dbb-Bundesvorsitzende Silberbach, anlässlich der dbb Jahrestagung Anfang Januar dieses Jahres, den wiederkehrenden Versuchen einer Aushöhlung des Beamtenstatus eine klare Absage erteilt. Gerade das besondere Dienst – und Treueverhältnis des Berufsbeamtentums ist nach unserer und Silberbachs Meinung der... „Dreh- und Angelpunkt für die Verlässlichkeit unseres öffentlichen Dienstes“!

Damit diese Verlässlichkeit weiterhin so gut bestehen bleibt, brauchen wir auch „die Beamten“, die in Krisenzeiten – wie jetzt - oder während notwendiger Tarifstreiks dafür Sorge tragen, dass der Rechtsstaat aufrechterhalten bleibt.

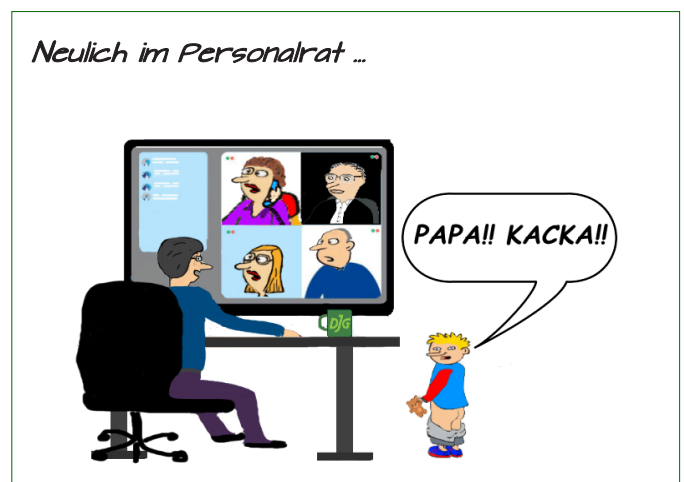
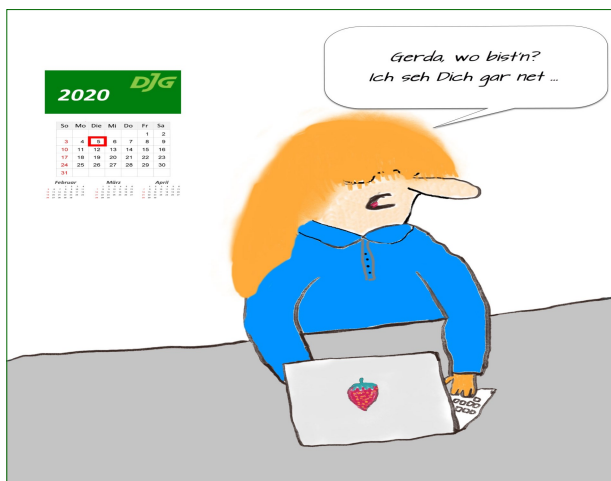
Wir sprechen uns daher ganz entschieden gegen eine Bürgerversicherung aus in die auch Beamte einzahlen sollen und fordern die öffentlichen Arbeitgeber auf, weiterhin bzw. im erhöhten Maße junge Leute auszubilden und in das Beamtenverhältnis aufzunehmen! (MR)

Arbeitsalltag während der Pandemie ...

stv. Bundesvorsitzender Michael Auriga im Interview

An dieser Stelle sollte eigentlich oben erwähntes Interview für das dbb-magazin erscheinen. Die Veröffentlichung wäre jedoch nur gegen Zahlung eines Beitrags möglich gewesen. Daher haben wir uns entschieden den Unkostenbeitrag einzusparen. Da wir Euch das Interview nicht vorenthalten möchten, verlinken wir an dieser Stelle den Artikel lediglich. Unter folgendem Link kann das Interview nachgelesen werden. : https://www.dbb.de/fileadmin/epaper/dbb_magazin_20_05/12/.

Ein Bild sagt mehr als 1000-Worte, statt dem Artikel haben wir ein paar Cartoons entworfen, die den Arbeitsalltag während der Pandemie ein wenig widerspiegeln dürften. Personen und Handlung der Cartoons sind selbstverständlich frei erfunden. Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Begebenheiten oder Personen wären rein zufällig ;-). Viel Spaß damit ...



Fachbereichssitzung Tarif vom 07.- 08.03.2020

Zur Fachbereichssitzung Anfang März trafen sich im Jahr 2020 das erste Mal der Fachbereich Tarif, um sich auszutauschen und Angelegenheiten zu diskutieren.

Der Bundesvorstand hatte vorab die Thematik der Eingruppierungsfeststellungsklagen im Sinne des BAG-Urteil auf den Fachbereich Tarif übertragen. Es wurde beschlossen, dass wir erstmal eine Abfrage starten, wo nunmehr Klagen bereits eingereicht sind. Weitere Fragen werden ebenfalls formuliert. Die Anfrage sollte bis Ende März von den Ländern beantwortet werden, damit der Fachbereich sich einen Überblick verschaffen kann, wie viele schon in Bearbeitung sind bzw. wie viele Kolleginnen und Kollegen noch gesucht werden müssen, die sich an den Eingruppierungsfeststellungsklagen beteiligen, um die vereinbarte Zahl zwischen dbb und DJG, auch durchzuführen. Weiterhin wurde die Aufzeichnung der Tätigkeiten, die von den DLZ (Dienstleistungszentren dbb) an uns übersandt worden ist mit weiteren Tätigkeiten ergänzt.

Der Bundesfachbereich Tarif legt großen Wert darauf, dass alle angedachten Musterklagen durchgeführt werden. Es ist wichtig, dass wir eine große Anzahl an Urteile erhalten, die für unsere Kolleginnen und Kollegen positiv abgeurteilt werden. Nur so können weitere politische Gespräche geführt werden.

Ebenfalls auf der Tagesordnung standen nochmals die Tarifverhandlungen im Jahr 2019. Einige Änderungen wurden erst zum 01.01.2020 wirksam. Der Fachbereich Tarif tauschte sich über die Nachwirkungen aus.

Diskutiert wurde das aufkommende Thema Freizeit statt Geld.



Der Bundesfachbereich hat sich klar positioniert und dafür ausgesprochen. Der Beschluss wird dem Bundesvorstand im Herbst vorgelegt. Weitere Themen wurden durch Teilnehmer und auch den Ländern angemeldet. Diese Themen wurden diskutiert und die Anfragen wurden beantwortet.

Der Bundesfachbereich Tarif wird sich voraussichtlich im Sommer 2020 erneut treffen und weiter über die Eingruppierung von Geschäftsstellen diskutieren sowie ein Papier zur Vorlage an den dbb erarbeiten.

Mit vielen neuen und aufgefrischten Informationen führen die Teilnehmer des Bundesfachbereich Tarif am Sonntag Richtung Heimat. Auf ein gemeinsames Wiedersehen freuen wir und schon jetzt. (KA)



Aus den Landesverbänden ...

Die Welt ist aus den Fugen geraten

Shakespeare sagt in Hamlet: "Die Welt ist aus den Fugen geraten" und das ist jetzt über 400 Jahre her. Genau so fühlt es sich gerade an.

Was passiert hier, wie kann es sein und welche Perspektiven haben wir in der Zukunft. Derzeit herrscht eine unterschwellige Angst, in allem was wir machen. Irgendwie möchte niemand einen anderen anstecken, aber wer ist überhaupt infiziert und wie schaffen wir das hier?

Je mehr man über die vielen Probleme für die Zukunft nachdenkt, um so beängstigender ist diese Gesamtsituation. Viele Menschen haben gerade jetzt extreme Zukunftsängste, keiner weiß, wie es weitergehen soll. Wir begegnen auch Führungskräften, die denken SIE seien der Nabel der Welt und müssten „Ihr kleines Königreich“, die Behörde oder Ministerium führen, als ob es kein MORGEN mehr gibt. Die Unsicherheit, Angst und Ungewissheit der Mitarbeiter wird heruntergespielt. Alles bleibt wie es ist und wir machen, wie immer, einfach nur die Augen zu und warten ab. HILFE!!!

In dieser Situation einfach weiter wie bisher zu machen, geht einfach nicht. Wir müssen genau jetzt zusammenhalten. Alle müssen dringend in die gleiche Richtung blicken, denken und gehen!

In der sächsischen Justiz haben wir sehr unterschiedliche Vor-

gehensweisen innerhalb der Behörden. Die Bandbreite reicht von eigenartigem Machtverhalten, außergewöhnlich tollem Führungsverhalten und wiederum Führungsebenen, die einfach Abwarten und gar nichts tun.

Wie die Krise bisher gezeigt hat, brauchen wir dringend die gemeinsame Kommunikation. Wichtig ist in erster Linie ALLE zu schützen.

Es gibt Behörden, die ein außergewöhnlich menschliches Führungsverhalten beweisen und alle Bedienstete einbinden. Es werden Notfallpläne mit einer Mindestbesetzung erstellt und durchgezogen. Alle werden gemeinsam eingebunden. Es werden Home- Office Möglichkeiten geschaffen, die perspektivisch eine Zukunft haben können.

Andererseits werden Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter gezwungen Slip- Einlagen oder Stilleinlagen als Schutzmaske zu verwenden, wenn Sie "unbedingt" ein Sicherheitsbedürfnis benötigen. Kinder werden in Büros, während der Arbeit betreut, weil die Notfallbetreuung nicht möglich ist. Kinder werden damit vorsätzlich Gefahren ausgesetzt, um dem „systemrelevanten Beruf“ nachzukommen, der als solcher gar nicht eingestuft ist, ganz unabhängig von dem Versicherungsfall im Falle eines Unfalls.

Was ist hier nur los? (MP)

Der Landesverband Hessen der Deutschen Justiz-Gewerkschaft
trauert um seine Schriftführerin und langjährige Vorsitzende der Bezirksgruppe Gießen

Gabriele Teichmann

die am 12. April 2020 im Alter von 63 Jahren plötzlich und für uns alle völlig unerwartet
verstorben ist.

Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt
ihrem Ehemann und ihren Angehörigen.

Gabriele Teichmann war viele Jahre unsere Schriftführerin im Landesverband, gleichzeitig war sie bis 2020 Vorsitzende der Bezirksgruppe Gießen. Im Haupt- und Bezirkspersonalrat der Justiz war sie in beiden Gremien die Schriftführerin. Gabi, wie wir sie nennen durften, war Gewerkschafterin mit Leib und Seele, sie war Antreiberin für die Gewerkschaftsarbeit, sie war Organisatorin von Veranstaltungen, immer an vorderster Stelle und sich stets für die Sache einsetzend. Gabi war aber auch ein großer Menschenfreund, stets höflich, den Menschen zugewandt, immer ein Lächeln, immer fröhlich und absolut großzügig.

Wir verlieren mit ihr eine verdienstvolle Kollegin, die sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen in außergewöhnlicher Art und Weise zu deren Wohl eingesetzt hat. Sie wird eine Lücke hinterlassen, die nicht geschlossen werden kann.

Wir verneigen uns vor Gabriele Teichmann und werden stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Liebe Gabi,
es ist Dienstag nach Ostern, der Schock über den plötzlichen Tod immer noch nicht überwunden, sitze ich an meinem Schreibtisch und arbeite die Mails von den Osterfeiertagen ab. Komisch genau um 11.45 Uhr schaue ich zur Uhr. Das war genau die Zeit, in der Du mich immer angerufen hast, ich dein langegezogenes Haaaaaallllllo hörte und du dich freutest, das Du mich wieder einmal von der Mittagspause abhalten konntest. Daraus hast Du Dir immer einen Spaß gemacht und dies auch immer am Ende unseres Gespräches verkündet.

Gerne sagtest Du "wir sind so gut beieinander, wir müssen nicht schon wieder essen". Ich hätte nie gedacht, dass ich diese Worte einmal vermissen würde.

Deine Stimme, deine Fröhlichkeit, deine Ehrlichkeit und die mit Dir erlebten Anekdoten, gerne erinnere ich mich daran zurück. So mussten wir vor jeder Vorstandssitzung, die wir in Kassel abhielten, erst einmal zum Rossmann, weil Du wieder Deine Brille zu Hause verlegt hattest. Ich kenne keinen Menschen der über einen größeren Brillenschatz verfügt, wie Du.

Oder wir wollten mit dem ICE vom Bahnhof Hanau um 07:30 Uhr zur Sitzung nach Kassel fahren. Am Bahnhof berichtest Du voller Stolz, dass wir heute erster Klasse fahren können, weil diese nur 3,00 € teurer sei, als die zweite Klasse. "Das können wir uns leisten" waren Deine Worte. Entsetzt mussten wir dann feststellen, dass der Zug an diesem Tage ausfällt. Stattdessen fuhren wir über Frankfurt nach Kassel mit einem Ersatzzug, eingepfercht wie im Viehtransporter ohne Sitzplatz.

So könnte ich noch unzählige Anekdoten aufführen, etwa bei Einführung des Landestickets und unserer ersten Straßenbahnfahrt in Kassel. Sofort an der nächsten Haltestelle stiegen

wir aus, weil Du das Ticket zu Hause vergessen hattest. In die nächste Straßenbahn wieder rein, nachdem vorsorglich am Automat ein Ticket gelöst wurde, fuhr uns diese Bahn überall hin, nur nicht da wo wir ankommen wollten.

Ich erinnere mich aber auch sehr gerne an Deine besondere Großzügigkeit gegenüber unseren Mitgliedern in der DJG. Keine Jahreshauptversammlung, wo du die Teilnehmer nicht mit einem Geschenk beglückt hast, Kuchen gebacken hast oder belegte Brötchen ausgegeben hast. Deine Kolleginnen und Kollegen waren für Dich das Wichtigste. Was hast du dich gefreut, wenn du mir wieder viele Eintritte in unsere Gewerkschaft präsentieren konntest. "Schau mal, meine Bezirksgruppe" waren Deine Worte.

Und wenn die Muttergewerkschaft, der DBB zur Demonstration nach Wiesbaden aufgerufen hat, warst Du an der Spitze und hast die Mitglieder in besonderer Weise animiert, daran teilzunehmen und dies bei Wind und Wetter.

Im Juni wollten wir Dich mit einer gemeinsamen Abschiedsfeier uns beim Bezirkspersonalrat verabschieden, anschließend, so hatten wir es vereinbart, wollten wir uns mindestens einmal im Monat treffen um den Kontakt nicht abreißen zu lassen. All diese Dinge sind jetzt nicht mehr möglich.

Dennoch liebe Gabi, ich werde Dich in allerbesten Erinnerung behalten und meine Schriftführerin im Bezirkspersonalrat und der DJG niemals vergessen!

Ruhe in Frieden liebe Gabi

Dein Landesvorsitzender
Rolf Krämer

Werkzeug-Ecke: JITSI—Ein Videokonferenzsystem

Wenn persönliche Treffen nicht möglich sind, werden verstärkt Videokonferenzen eingesetzt. Programme wie bspw. Skype lassen sich nur begrenzt kostenlos nutzen und erfordern eine Installation auf dem genutzten System. Daher möchten wir die kostenlose alternative „JITSI“ einmal kurz vorstellen:

„Jitsi Meet“ ist eine kostenlose, quelloffene Videokonferenz-Lösung (Open-Source Software). Sie lässt sich ohne Einschränkungen im Browser nutzen. Es wird weder ein Account noch eine zusätzliche Software benötigt, um das Open-Source-Tool zu nutzen. Jitsi lässt sich mittels installierter App (Android, IOS) auch mit Smartphones oder Tablets nutzen. Laut den Entwicklern sind Videokonferenzen via Jitsi vollständig verschlüsselt. Es werden keine personenbezogenen Daten erhoben. Ein Account für die Nutzung ist nicht erforderlich. Falls nötig lässt sich eine Besprechung per Passwort gegen die Teilnahme von Dritten sichern. An einer Konferenz können bis zu 75 Personen teilnehmen. Aus persönlicher Erfahrung kann ich berichten, dass die Software bei mehr als 15 Teilnehmern, leider instabil wird.

In diesem Fall kann die Stabilität nur erreicht werden, in dem die Teilnehmer ihre Mikrofone und Kameras abschalten und nur der jeweilig Vortragende selbige eingeschaltet hat. Um dies zu erreichen kann der Moderator über eine Schaltfläche auch selbst alle Teilnehmer „stumm“ schalten.

Um sich als „stummer Teilnehmer“ dennoch bemerkbar zu machen, gibt es einen Button „Hand heben“, der zur Wortmeldung genutzt werden kann. Diese Funktion ist neben anderen über die Buttons am unteren linken Bildschirmrand zu finden. Die Sprache kann unten rechts über „more actions/settings“ auf „deutsch“ um-gestellt werden. Insgesamt ist das Tool sehr übersichtlich gestaltet und lässt sich intuitiv nutzen.

Zwar ist das Programm in seiner Funktion schlank gehalten, bietet aber dennoch allerlei Funktionen, wie bspw. Screen-Sharing, Audio-Sharing und Chat-Modus, um eine Gruppenbesprechung auf einfache Weise durchzuführen. Das Tool ist über folgende Adresse erreichbar: <https://meet.jit.si/> (SG)

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
geschaeftsstelle@djg.de

Redaktion/Layout: DJG-Bundesleitung

Bildmaterial:

S. Göldenleuchter, M. Besselt,
K. Altmann

Autoren:

Emanuel Schmidt (ES)
Silke Göldenleuchter (SG)
Marco Besselt (MB)
Michaela Rieck (MR)
Karen Altmann (KA)
Mandy Paulik (MP)
Rolf Krämer (RK)

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor verantwortlich.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de

